

Menschenrechte, aber nicht für Migranten

Österreich muss sich Menschenrechtsprüfung durch UNO unterziehen

# Menschenrechte, aber nicht für Migranten

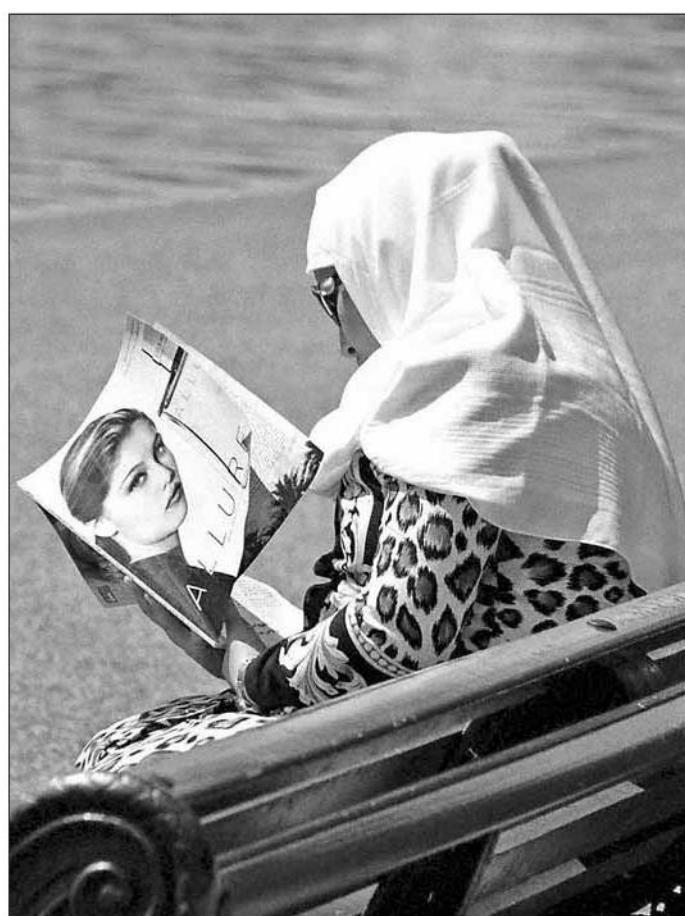
Von Yilmaz Gülüm

- Nur 18 Prozent billigen Migranten Menschenrechte zu.
- Studie heizt Diskussion an.

Wien. Österreich hat Probleme bei der Durchführung der Menschenrechte. Darüber waren sich heimische Experten bei einer Diskussionsrunde Montagabend einig. Es sind zwar keine Fälle von systematischer Folter bekannt, auch gibt es keine Gefängnisstrafe ohne Prozess. Dennoch seien die Menschenrechtsvergehen hierzulande keineswegs Luxusprobleme, so die Preisträgerin des Concordia Preises für Menschenrechte Sibylle Hamann. Vorrangig wurden strukturelle Defizite aufgezeigt und kritisiert.

Die von Zara (Zivilcourage und Anti-Rassismus Arbeit) organisierte Gesprächsrunde stand unter dem Motto „Menschenrechte in Österreich – für wen?“. Eine ironische Frage, sollte man meinen, denn Menschenrechte sind nicht teilbar und gelten selbstverständlich für alle. Eine aktuellen Studie von „Karmasin Motivforschung“ zeigt jedoch, dass dies in der Bevölkerung vielleicht doch nicht selbstverständlich ist.

Gefragt nach besonders schützenswerten Gruppen kommt die Untersuchung zum Ergebnis, das lediglich 18 Prozent der Österreicher Migranten und Asylanten zu dieser schützenswerten Gruppe zählen. Bei Angehörigen religiöser Minderheiten sind es gar nur 13 Prozent. Entsprechend liegt auch die Kenntnis über die entsprechenden Menschenrechte im ab-



Studie mit überraschenden Ergebnissen. Foto: bilderbox

geschlagenen Feld. Lediglich 26 Prozent wissen, dass Angehörige einer Minderheit Recht auf besonderen Schutz haben. Nur knapp jeder Vierte (24 Prozent) weiß, dass es ein Recht auf Asyl gibt. Eine EU-weit durchgeführte Studie bestätigt diese Trends. Demnach wissen 70 Prozent der befragten Minderheiten gar nicht, dass es ein Anti-Diskriminierungsgesetz gibt. Der EU-Durchschnitt liegt bei 57 Prozent.

Alexis Neuberg vom Integrationshaus Wien führt diesen Umstand auf verschiedene Faktoren zurück. Einerseits gäbe es zu diesem Thema zu wenig öffentlichen Diskurs, und wenn, dann wäre dieser zu wenig differenziert geführt. „Es ist auch ein Problem, dass Asylan-

ten und Migranten keine in der Verfassung anerkannten Minderheiten sind“, so der Leiter von Radio TV Afrika. Dieser juristische Stillstand ist für Neuberg nicht verständlich.

Erheitert stellte er fest, dass das Asylrecht in Österreich „sicherlich der dynamischste Bereich in der Gesetzgebung ist“. Ehe man die verschachtelte Gesetzeslage in einem Fall gänzlich durchschaut hätte, wird etwas geändert. Auch Hamann sieht in den Gesetzen viele versteckte Stolpersteine. Sie stellt überspitzt sogar fest: „Schikane ist das Ziel dieser Gesetze.“

### Wird gleich behandelt?

Die Präsidentin der Österreichischen Liga für Menschenrechte Barbara Helige sieht strukturelle Menschenrechtsdefizite, die großen Reformbedarf notwen-

dig machen. Es fehlt eine unabhängige Menschenrechtsorganisation, die diesem Namen auch „tatsächlich verdient“. Außerdem gibt es keinen umfassenden nationalen Aktionsplan. Eine Ratifizierung von Menschenrechtsabkommen alleine reicht nicht aus. Es müsse eine Bewusstseinsbildung quer durch die ganze Bevölkerung geschehen. Für Neuberg wäre ein Ziel schon erreicht, wenn „Drogendealer aus Afrika von der Polizei gleich behandelt werden wie Drogendealer aus der Steiermark“.

Die Polizei steht bei einem Bericht der Initiative menschenrechte.jetzt bei vielen Punkten im Zentrum der Kritik. So wird etwa kritisiert, dass bei Misshandlungsvorfällen gegen die Polizei die ersten Ermittlungen nicht von einer unabhängigen Stelle geführt werden. Von über 1000 Anzeigen führen lediglich zwei zu Verurteilungen.

In Anlehnung an einen Bericht von Amnesty International wird der Polizei zudem struktureller Rassismus vorgeworfen. Zudem seien Fälle von sexistischer oder rassistischer Verhandlungsführung bekannt. Menschenrechte und Gleichbehandlung sind zwar Teil der Grundausbildung, fehlen jedoch als verpflichtende Fortbildung.

Zu allen Kritikpunkten wird Österreich im Jänner 2011 im Zuge der universellen Menschenrechtsprüfung vor den Vereinten Nationen Stellung nehmen müssen. Zu diesem Anlass wurde die Initiative menschenrechte.jetzt (bestehend aus 270 NGOs) gegründet. Ziel ist es, die Berichterstattung der Zivilgesellschaft zur Praxis der Menschenrechte zu koordinieren und als „verlässliche Information“ der UNO vorzulegen. ■

